

Auslandslichtensteiner wollen Wahlrecht

Auslandslichtensteiner haben kein Wahlrecht. Ob sie dieses auch tatsächlich vermissen, wurde im Rahmen einer Studie erhoben. Diese macht deutlich: Liechtensteins Auswanderer interessieren sich sehr wohl für die heimische Politik.

Von Bettina Stahl-Frick

Schaan. – Zwar haben sie immer noch die Staatsbürgerschaft, allerdings ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt: Liechtensteiner, die aus ihrer Heimat ausgewandert sind. Gemäss einer Statistik von 2010 sind dies 3401 Bürgerinnen und Bürger – ein Grossteil davon lebt in der Schweiz. Durch den Wegzug verlieren sie ihr Stimm- und Wahlrecht, weil dieses in Liechtenstein an den Wohnsitz gekoppelt ist. Ein Gesetz, das bereits in der Vergangenheit immer wieder zu Diskussionen führte. So wehrte sich 1994 Erich Hilbe als betroffener Bürger mit einer Petition an den Landtag und ein Jahr später sogar mit einer Beschwerde an die Europäische Menschenrechtskommission – seine geforderte Aufnahme ins Stimmregister blieb aus. Was allerdings nicht ausblieb, sind Diskussionen um das Thema.

Wochenlange Recherchen

Bereits im Landtag wurde debattiert und argumentiert – ohne überhaupt über den Bedarf von Auslandslichtensteinern Bescheid zu wissen. Diesem wollte nun die Demokratiebewegung in Liechtenstein auf den Grund gehen und erteilte dem Liechtenstein-Institut den Auftrag, eine entsprechende Studie zu erarbeiten. Kein leichtes Unterfangen für die damit Beauftragten: «Erst nach wochenlangen Recherchen

und mehreren Anläufen hatten wir die Adressen von rund 600 Auslandslichtensteinern beisammen», sagte Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts. Die Fragebogen wurden online oder per Post zugestellt und wurden von 302 Teilnehmern zurückgeschickt. Fazit: «Das Interesse an der Liechtensteiner Politik ist unter Auslandslichtensteinern relativ hoch», fasste gestern Wilfried Marxer vor den Medienvertretern kurz zusammen.

Bessere Identifikation

Rund 60 Prozent der Auslandslichtensteinern gaben im Rahmen der Umfrage an, an der liechtensteinischen Politik interessiert zu sein, ein Viertel aller Befragten sind sogar sehr interessiert. Über das politische Geschehen informiert sich etwa ein Drittel täglich über die Landeszeitungen oder über persönliche Kontakte. Wie Wilfried Marxer sagt, sind die Angaben der Auslandslichtensteinern unabhängig von der Entfernung des Wohnortes und des Alters. Auffallend sei, dass exklusiv liechtensteinische Staatsangehörige – also keine Doppelbürger – an der Politik in ihrer Heimat etwas stärker interessiert sind.

Gemäss der Statistik gibt beinahe die Hälfte der befragten Auslandslichtensteinern an, sich mit einer Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen in Liechtenstein besser mit ihrem Heimatland identifizieren zu können. Rund ein Drittel der Befragten wünscht sich das Recht, weil er oder sie sonst nirgendwo ein Wahlrecht hat – weder in der ursprünglichen Heimat noch in der Wahlheimat.

Einfluss auf Wahlergebnis?

Insgesamt 56 Seiten umfasst die Studie und macht deutlich: Der Bedarf, sich an Wahlen und Abstimmungen in



Luden zur Präsentation der Studie: Politologe Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts, und Jochen Hadermann, Vorsitzender der Demokratiebewegung in Liechtenstein (v. l.).

Bild Daniel Schwendener

ihrem Heimatland zu beteiligen, ist klar vorhanden. Wie viele Auslandslichtensteinern sich tatsächlich ins Stimmrechtsregister eintragen lassen würden, kann Wilfried Marxer nicht abschätzen. Auch die Frage vieler Gegner, ob der Einfluss von Liechtensteinern, die im Ausland leben, das Wahl- und Abstimmungsergebnis hierzulande auf den Kopf stellen könnte, kann der Politologe nicht beantworten. «Internationale Studien zeigen, dass Auswanderer die progressiven Wähler sind», sagt er. Diese Aussage sei aber rein spekulativ. Bekannt ist

das Wahl- und Stimmrecht für Staatsangehörige, die nicht mehr in ihrer Heimat leben, in der Schweiz, Belgien, Finnland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Portugal und Spanien. Das Recht gibt es ausserdem in Grossbritannien und Malta, dort allerdings mit gewissen Einschränkungen.

Aufforderung an Politik

Jochen Hadermann von der Demokratiebewegung in Liechtenstein hofft, dass sich in dieser Hinsicht auch Liechtenstein bald zu den liberalen

Staaten zählen kann. «Die Studie soll für die Politik eine Aufforderung sein, endlich zu handeln», so Hadermann. Die vom Liechtenstein-Institut erarbeiteten Daten seien eine Handhabe, um die Rahmenbedingungen festzulegen. «Mein Ziel ist, dass bei den nächsten Landtagswahlen in vier Jahren sich auch Liechtensteiner beteiligen können, die im Ausland leben», so Jochen Hadermann. Der Ball liege nun bei den Politikern.

Die Studie ist unter www.liechtenstein-institut.li abrufbar.